



Żaklin Nastić

Aus die Maus

Der Blick von unten auf die da oben

Das Buch

Sie hat polnische, deutsche, kaschubische und jüdische Wurzeln. Und sie ist Sprecherin für Menschenrechte und Obfrau im Verteidigungsausschuss des Bundestages. Zudem ist sie Mutter zweier Kinder und stammt aus bescheidenen Verhältnissen. Nastić weiß, wie hart das Leben »einfacher Menschen« ist, die die Mehrheit der Gesellschaft bilden.

Dieses Wissen fließt in ihre Sicht auf die Dinge im Lande ein. Sie widersetzt sich darum Regierungspropaganda und opponiert gegen Schönfärberei und Tatsachenverdrehungen selbst in den eigenen Reihen, wie hier deutlich erkennbar.

Die Autorin

Żaklin Nastić, geboren 1980 in Gdynia/Polen, aufgewachsen in Hamburg. Nach dem Abitur Slawistik-Studium. Als Mutter eines schwerstbehinderten Kindes lernte sie das Gesundheits- und Sozialsystem intensiv kennen. Seit 2008 politisch engagiert bei den Linken, seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Das Neue Berlin

Inhalt

Vorbemerkung	7
Wir sollten nie vergessen, woher wir kommen	22
Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' and're an	35
1999 war die Zeitenwende	42
Irak, Iran und Naher Osten sowie weitere Krisenherde	63
Menschenrechte, geteilt	103
Das Völkerrecht und der Ukrainekrieg	127
Quo vadis, Linke	161

Vorbemerkung

*Was nutzt erneuerbare Energie, wenn sie für die energiever-
schlingende und CO₂-speiende Militärmaschinerie verschwen-
det wird, also für den größten Klima- und Menschen-Killer
weltweit? Grüne Bomben? [...]
Konflikte ohne Anwendung von Waffen zu lösen wird mehr
und mehr zu einer Überlebensfrage. [...]
Deeskalation wird aber nicht gelingen, wenn sie nicht von den
Medien unterstützt wird.*

Antje Vollmer, Daniela Dahn, Dieter Klein,
Gabriele Zimmer, Michael Brie, Peter Brandt in einem
Brief an die Friedens- und Ökologiebewegung,
in: *Berliner Zeitung* vom 18. März 2023

Die Welt ist im Eimer. Wir wissen nicht mehr weiter. Es fehlen starke Persönlichkeiten, die sich gegen alle Widerstände durchsetzen. Es mangelt an Führern. (In Deutschland ist der Begriff belastet, darum spricht man lieber von *Leader*.) Keine Visionen, nur Verwaltung. Es regiert der Sachzwang: Krisen, Kriege, Konflikte, Klimakatastrophe ...

Wir kennen die Losungen, die Befunde, die Schlagzeilen in den Medien, in den öffentlich-rechtlichen, den privaten und den vermeintlich sozialen. Wir leben in einer globalen Echokammer. In der Antarktis kalbt ein Gletscher, in China fällt ein Sack Reis um und Prinz Harry berichtet von seiner Entjungferung: Schon bebt das Weltgewissen, weil die Nachricht in Windeseile die Erde umrundet. Ohne jede Wertung oder Einordnung. Wie ein Tsunami rauschen die Botschaften durch alle Kanäle, verstärkt durch Kommentare, die aus Millionen elektronischen Rinnsalen quellen. Niemand hat die Übersicht. Aber jeder eine Meinung. Die Unwissenden wie die Gebildeten, die Amateure wie die Profis, die Demütigen wie die Demagogen. Kopflos sind am Ende alle, weil es kein Koordinatensystem gibt. Dogmen und Prinzipien wurden längst liquidiert, wir haben freie Meinungs- und Gagawahl. Gegenden, wo Grundsätze herrschen (egal, ob falsch oder richtig) und durchgesetzt werden, gelten als suspekt. Zumindes im christlich-abendländischen Kulturverständnis. Wir streiten darüber, ob man mit dem großen Binnen-I, dem Unterstrich,

dem Gendersternchen oder dem Doppelpunkt allen Geschlechtern – nicht nur dem dritten – angemessene Gerechtigkeit zuteil werden lassen und den Sexismus, die Homophobie und patriarchales Getue in die Schranken weisen kann. Auf Parteitag wird über solche und ähnliche Themen engagiert gestritten. Mindestens eine Frage jedoch bleibt ungestellt und darum unbeantwortet: Was ist wesentlich in Zeiten von Krisen, Kriegen und Katastrophen – was unwesentlich?

Daraus folgte, wenn sie denn gestellt werden würde, zwangsläufig die nächste: Wie gelingt es uns, die Polykrise zu überwinden? Die Krisen der politischen Parteien, der Gesellschaft, des Staates, der Menschheit ...?

Die Existenz unseres Daseins ist bedroht. Darin besteht Konsens. Zweifel besteht allenfalls daran, wer dafür ursächlich Schuld trägt. Natürlich die Menschen. Aber welche? Im Streit darüber setzt sich das Dilemma fort. Die Auseinandersetzung bietet nicht die Lösung der Probleme, sondern ist deren Teil. Es ist wie die Frage danach, wer zuerst auf der Welt war: das Ei oder die Henne?

Die Suche nach dem Anfang der Kausalkette ist aber wichtig, um zu ergründen, wo welche Irrtümer begangen und die Weichen falsch gestellt wurden, die uns dahin gebracht haben, wo wir jetzt stehen.

Die Retrospektive allein hilft uns jedoch nicht weiter. Wir brauchen auch eine Perspektive. Dazu müssen die gegenwärtigen Probleme heute gelöst werden. Nicht erst morgen. Die Schlachten von gestern neuerlich zu schlagen, hilft nicht weiter.

Für die Außenpolitik – mein Feld im Bundestag – bedeutet das, was einmal der Erfinder der sozialdemokratischen neuen Ostpolitik als Prinzip für erfolgreiche Gespräche auf der zwischenstaatlichen, bi- wie multilateralen Ebene ausgab: Man redet zunächst über das, was lösbar ist, Schwieriges wird vorerst beiseite gelassen. Und jener Egon Bahr versuchte bewusst zu machen, dass Außenpolitik nichts anderes sei als die Durchsetzung nationaler, von der Ökonomie diktiert Interessen. Alles andere sei lediglich propagandistischer Nebel. Bahr, Brandts Intimus, war am Ende seiner Tage von Skepsis durchdrungen, sein Optimismus angesichts der »Hypertrophie des Kapitalismus« sichtlich aufgezehrt. In einer in meiner Heimatstadt Hamburg erscheinenden Wochenzeitung monierte er im Mai 2013 in einem Interview, dass es nicht genüge, »ein Problem theoretisch zu analysieren, sondern es gehört die Kunst dazu, es umzusetzen«. Kein Appell zur revolutionären Veränderung der Welt, wohl aber zu »Einfühlsamkeit, Berücksichtigung der Sorgen und Hoffnungen des Partners. Man muss gemeinsame Interessen herausdestillieren, das ist eine Frage der Klugheit und der Psychologie und hat nichts mit Macht zu tun.«

Egon Bahrs konkretes Monitum: Er sehe nirgends »Künstler am Werk«. Der Neunzigjährige nannte diesen Zustand »furchtbar jammervoll«. Und fürchtete: »Es kann schnell alles verloren sein.«

Augenscheinlich sind wir inzwischen einen Schritt weiter. Noch näher an der Katastrophe, noch dichter am Untergang.

Dies lediglich zu konstatieren ändert nichts an der Lage, wie eben auch die gewiss zutreffende Feststellung uns nicht

weiterhilft, dass die maßgeblichen politischen Geschicke gegenwärtig von Greisen bestimmt werden, deren Zukunft bereits hinter ihnen liegt. Natürlich ist das nur ein Indiz, keine Erklärung. Alter und Geschlecht sind nicht ursächlich für eine unsoziale, nationalistische, reaktionäre und aggressive Innen- und Außenpolitik. Aber ohne diese Exponenten wäre sie auch kaum möglich. Wie eben Jugend kein Garant für Veränderung ist. Der Drang, an die gesellschaftlichen Fleischöpfe zu kommen, lässt schnell altern. Wir kennen ihre Gesichter aus dem Bundestag. Die sarkastische Bemerkung: »Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer es noch mit 50 ist, hat keinen Verstand« – wahlweise, aber irrtümlich Winston Churchill zugeschrieben –, scheint dies zu bestätigen. Niemand in der Politik, egal mit welchem Parteibuch, lässt sich nachsagen, er sei ohne Verstand.

Was »Verstand« ist, bestimmt jedoch die öffentliche Meinung. Die aber folgt der *veröffentlichten* Meinung – das fand schon Walter Lippman 1922 in seinem Buch »Public Opinion« heraus, und hundert Jahre später kamen Precht und Welzer (»Die vierte Gewalt«) zu keinem anderen Befund. Sie untersuchten, »wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist«, und hatten sofort die medial gemachte Mehrheit und deren Sprachröhren gegen sich.

All diese kritischen Diagnosen helfen jedoch nicht weiter, sie machen mut- und willenlos, ziehen uns noch weiter herunter und nähren das Gefühl: Wir können nichts dagegen tun. Wir sind allem und allen hilflos ausgeliefert. Die Wehr beschränkt sich auf Verweigerung: der Kenntnisnahme von

Nachrichten, der Teilnahme an Wahlen, der Beteiligung am gesellschaftlichen Diskurs etwa in Gestalt von Demonstrationen, Mahnwachen, Protestkundgebungen oder Petitionen. Und jenen, die trotzdem den Mut aufbringen und auf die Straße gehen, droht die Denunziation. Das schreckt ab – was auch beabsichtigt ist.

Diesen Rückzug halte ich für grundfalsch.

Das Prinzip »Privat geht vor Katastrophe« funktioniert so wenig wie ein angeblich richtiges Leben im falschen.

Ich verstehe aber die Ermüdung. Auch die Verbitterung. Mir geht es bisweilen ebenso. Ich möchte dann allem den Rücken kehren und wütend erklären: Macht euren Mist doch allein, ich muss mir das nicht antun!

Aber das ist unmöglich. Wir Menschen sind nun mal gemeinschaftliche Wesen, keine Einzelgänger. Wir brauchen uns. Wir sind auf die Stärke der Gemeinschaft angewiesen. Das ist erst in zweiter Linie eine Klassenfrage. »Wer im Stich lässt seinesgleichen lässt ja nur sich selbst im Stich«, dichtete Bert Brecht im »Solidaritätslied«. »Seinesgleichen« meint nach meinem Verständnis nicht nur den Klassenbruder und die Klassenschwester. Wie eben auch die Menschenrechte für *alle* gelten – sie sind unteilbar.

Brecht schrieb sein »Solidaritätslied« 1929, als die Weltwirtschaftskrise sich entfaltete, Hunger herrschte und die tatsächliche Not mehr schmerzte als uns die gegenwärtige Inflationsrate. Einen Weltkrieg später – am 10. Dezember 1948 – wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte mit ihren dreißig Artikeln in der UNO angenommen. »Alle Men-

schen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen«, heißt es in Artikel 1. Und nachdem die Rechte des Einzelnen in den folgenden Punkten präzise aufgezählt werden, wird im vorletzten Artikel auch gesagt, dass »jeder« (und natürlich auch jede) »Pflichten gegenüber der Gemeinschaft« habe, eingeschlossen darin »die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten anderer«. Eine grenzenlose individuelle oder kollektive Freiheit kann es also nicht geben – die eigene Freiheit endet zwangsläufig dort, wo die Freiheit des anderen beginnt.

Das ist genau die Konfliktlinie: Wo ist die Grenze für das Handeln des Einzelnen?

Ein vermögender Privatier zieht für sich andere Kreise als eine alleinerziehende Mutter, die auf Bürgergeld angewiesen ist, ein Oligarch oder Despot maßt sich mehr Freiheiten an als er den von ihm ausgebeuteten und unterdrückten Untertanen zubilligt. Und auch gewählte Parlamentarier genehmigen sich mitunter Freiheiten, die sie anderen nicht zugestehen ...

Die Würde aber ist unteilbar, die Menschenrechte gelten universell. Sie werden allerdings unterschiedlich ausgelegt und interpretiert. Mehr noch: Sie wurden und werden seit ihrer Proklamation als politische Waffe benutzt. Die bürgerlich-kapitalistischen Staaten, allgemein: der Westen, betonten während des Kalten Krieges ausschließlich die politischen und bürgerlichen Freiheitsrechte – die sozialistischen Staaten hoben die wirtschaftlichen und sozialen Rechte hervor. Die

jeweiligen Defizite auf der anderen Seite waren Gegenstand der politischen Auseinandersetzung.

Diese endete nicht damit, dass der Ostblock und seine Führungsmacht vor mehr als dreißig Jahren untergingen. Noch immer ist man »im Westen« davon überzeugt, dass nur er allein die Menschenrechte hochhält und verteidigt. Daraus leitet der Westen, insbesondere seine Führungsmacht, für sich das moralische Recht ab, andere Staaten und Völker anzuhalten, seinem Verständnis von »Menschenrechten« zu folgen.

So aber geht das nicht. Wer Erde und Menschen im Interesse des Profits ausbeutet und auf diese Weise weltweit für wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit sorgt, wer Kriege führt und Menschen tötet, hat das moralische Recht verwirkt, anderen die Maßstäbe für Freiheit und Demokratie zu diktieren. Universalität der Menschenrechte bedeutet nämlich: gleiche Rechte, gleiche Ansprüche, gleiche Maßstäbe für alle. Ohne jede Einschränkung und ohne unterschiedliche Regeln, egal wo man lebt. Wer, wie die USA, Westeuropa und seine Bevölkerung für eigene nationale Interessen in Geiselnhaft nimmt, hat das moralische Recht verwirkt, beispielsweise Peking für die vermeintliche Unterdrückung der Uiguren zu kritisieren. Die Tötung ehemaliger russischer Geheimdienstler durch Ex-Kollegen legitimiert nicht die Liquidierung islamistischer Terroristen. Mord bleibt Mord und wird durch nichts gerechtfertigt. Wer Frieden in der Ukraine will und dafür auf die Straße geht, hat dazu alles Recht der Welt. Ihm oder ihr geschieht Unrecht, wenn er oder sie dafür

an den gesellschaftlichen Pranger gestellt wird. Was inzwischen die Regel ist. Als meine Fraktionskollegin Sahra Wagenknecht und die feministische Publizistin Alice Schwarzer im Februar 2023 ein »Manifest für Frieden« veröffentlichten, stimmten dem nicht nur mehrere Hunderttausend Menschen zu, sondern es entrüsteten sich auch etliche. Sie fanden in den Medien mehr Aufmerksamkeit als das Anliegen der beiden Frauen, die sofort in die rechte Ecke gestellt wurden, weil auch Personen das Manifest unterzeichnet und ihr Kommen zur Kundgebung in Berlin angekündigt hatten, deren Gesinnung auf der rechten Seite des politischen Spektrums verortet ist. Bernd Lucke – vormals CDU, dann Gründer der AfD – verteidigte auf *Focus-online* die beiden: »Das Manifest, das vor Waffenlieferungen warnt und Verhandlungen fordert, ist eine wohlthuende Stimme der Vernunft. Naiv sind seine Kritiker.« Die *taz* titelte: »Rechtsoffen – ein Manifest für alle«.

So sorgten denn der Beifall aus der rechten Ecke und Denunziation aus der vermeintlich linken gemeinsam dafür, dass ehrliches und notwendiges Engagement gegen den Krieg verhöhnt und verleumdet wird. Das ist, bei Lichte betrachtet, Propaganda zur Fortsetzung des militärischen Konflikts, also Kriegspropaganda. Traurig daran, dass viele, die sie betreiben, sich dessen nicht einmal bewusst sind. Erstunterzeichner Oskar Lafontaine – einst Vorsitzender der SPD, später der LINKEN – erklärte, es gebe im Friedenskampf keine Gesinnungsprüfung, da werde niemand gefragt: »Welches Parteibuch hast du?« oder »Wen hast du gewählt?« Daraufhin twit-

terte ein Vorstandsmitglied der Partei Die Linke: »Wer [...] versucht, Rechte für sich zu gewinnen, scheidet als glaubwürdige Stimme für den Frieden aus.«

Nun will ich nicht Konrad Adenauer als Kronzeugen aufrufen, der erklärt hatte: »Man schüttet kein schmutziges Wasser aus, ehe man reines hat.« Das äußerte er im Gespräch mit den drei Hohen Kommissaren der Westmächte am 23. September 1950 auf deren Vorhaltung, man müsse die »übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht« beseitigen, weil sie »eine Bedrohung für den Völkerfrieden« seien. Damit hatten sie objektiv recht, aber ihnen ging es weniger um den Völkerfrieden und wohl mehr um die Ausschaltung eines Konkurrenten. Nein, da zitiere ich lieber den unlängst verstorbenen Hans Modrow, der sich auf seinen seefahrenden Bruder berief: Wenn wir einen Schiffbrüchigen aus dem Meer retten, interessiert uns nicht, ob er weiß, schwarz oder gelb ist – es ist ein Mensch!

Und es ist Krieg in der Ukraine. Es sterben Menschen Tag um Tag. Damit muss Schluss sein! Es ist ohne Bedeutung, wer und warum einer oder eine Frieden fordert. Wichtig ist, dass die Waffen zum Schweigen gebracht werden!

Willy Brandt irrte nicht, als er meinte: »Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!« Deshalb ist die Beendigung der Kriege in der Ukraine und in anderen Teilen der Welt nur ein erster Schritt. Ein nächster ist die Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Kriege verursachen. Der 1914 ermordete französische Sozialist Jean Jaurès schmetterte den Kriegshetzern vor dem Weltkrieg den

richtigen Satz entgegen: »Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.« Womit er meinte: Um Frieden zu schaffen, muss man den Kapitalismus überwinden.

Übrigens offenbart sich die doppelböde Moral des kapitalistischen Westens, man kann es auch Heuchelei nennen, im Umgang mit einem Friedensappell von 1982. Er war überschrieben mit »Frieden schaffen ohne Waffen«, und verfasst worden war er von den beiden DDR-Dissidenten Robert Havemann und Rainer Eppelmann. Zwei Wochen nach seiner Formulierung stand er in der *Frankfurter Rundschau*, in den folgenden Tagen berichteten fast alle westdeutschen Medien darüber, weil darin nicht nur eine dauerhafte Friedensordnung gefordert wurde, sondern militaristische Propaganda verboten und der Wehrkundeunterricht abgeschafft werden sollte. »Forderungen, die sich direkt gegen die Politik des SED-Regimes wandten«, wie die Robert-Havemann-Gesellschaft später schrieb. Allein deshalb bekam der »Berliner Appell« im Westen viel Beifall.

Man könnte ihn noch heute zum Manifest für eine gesamtdeutsche Friedensbewegung machen. Und vermutlich würden die beiden Verfasser genauso behandelt werden wie Saha Wagenknecht und Alice Schwarzer.

»Der Krieg, der Europa auslöschen soll, wird von den Europäern selbst und den USA vorbereitet. Weil die USA jenseits des Atlantik liegen, haben sie eine Chance, den Krieg zu überleben«, heißt es bei Havemann/Eppelmann unter Punkt 3. Weiter im nachfolgenden Punkt: »Wenn wir den Krieg verhindern wollen, weil wir leben wollen, müssen wir

die Kriegswaffen vernichten. Darum fordern wir als ersten Schritt: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muss zur atomwaffenfreien Zone werden.«

Und, Punkt 7: »Wir fordern schon jetzt das Verbot und die Beendigung jeder Art von psychologischer und materieller Kriegsvorbereitung und jeder Art militaristischer Propaganda.«

Angesichts der Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine, die ihn begleitenden Talkshows im Fernsehen und diverse Dokumentationen müssen wir nach über vierzig Jahren bedauernd die Aktualität dieser Forderungen zur Kenntnis nehmen. Und dass offensichtlich sich niemand an sie erinnert. Nicht einmal die Institutionen, in denen Havemann und Eppelmann eine Rolle spielen. Haben die das Friedensmanifest von Wagenknecht und Schwarzer unterzeichnet?

Friedrich Küppersbusch gehörte zu den ganz wenigen Journalisten, der das Manifest und die Demonstration verteidigten. Sein am Morgen des 27. Februar 2023 auf *Radio 1* vom *RBB* gesendeter Kommentar wurde explizit mit dem Zusatz versehen: »Hinweis: Kommentare stellen grundsätzlich eine Meinungsäußerung der Kommentator*innen dar und entsprechen nicht automatisch der Einschätzung der Redaktion.«

Das nennt man wohl Distanzierung.

Küppersbusch erinnerte an die Friedensdemonstrationen 1981 in Bonn (und die beiden nachfolgenden 1982 und 1983) und verwies auf die Analogien. Die Kundgebungen hätten damals auch so geheißen (»Aufstehen für den Frie-

den«), und es wären wie heute die Zahlen kleiner gemacht worden. Die Polizei meinte damals, es wären knapp 100.000 Menschen gewesen, tatsächlich wohl mehr als eine halbe Million, die sich dem Vorwurf ausgesetzt sahen, nicht für den Frieden, sondern für den Kreml aufgestanden zu sein. Die CDU hatte im Vorfeld einen Antrag im Bundestag eingebracht, dass die Kundgebung gegen die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik verstieße und den Interessen Moskaus diene, der DGB hatte es seinen Mitgliedern verboten, daran teilzunehmen, und die SPD über einen Unvereinbarkeitsbeschluss nachgedacht ... Küppersbusch fand, dass heute der »grobe Tenor« in den Medien herrsche, »möglichst schon in den Überschriften zu melden, dass es eine ganz schön böse Sache sei«, und »jeder irre Rechtsradikale konnte sicher sein, dass ihm, wenn er zur Kundgebung gegangen wäre, ein Mikro unter die Nase gehalten würde, nur um zu beweisen, dass hier die Querfront marschiere«.

Es wurde den Urheberinnen des »Manifests« vorgehalten, sie würden von Kiew fordern zu kapitulieren – dabei heißt es explizit im Aufruf: »Verhandeln heißt nicht kapitulieren.« Sie wurden kritisiert, nicht den Täter benannt zu haben, das sei also putinfreundlich – im Text heißt es aber: »die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung«. Umfragen sagen, dass 40 bis 50 Prozent der Befragten weitere Waffenlieferungen in die Ukraine ablehnten – insofern, so Küppersbusch, hätten Schwarzer und Wagenknecht recht, wenn sie sagten: Wir stehen für die Hälfte der Bevölkerung.

Es sei darum unzutreffend, wenn die Medien behaupteten, das sei »ein Haufen Spinner«, die nicht die bürgerliche Mitte vertreten. Küppersbusch zählte sodann bekannte Namen auf, die unterzeichnet hatten.

Friedrich Küppersbusch beendete den Kommentar damit, dass sie damals, 1981, mit allen möglichen Leuten diskutiert hätten, die die Friedensaktivisten in die Moskauer Ecke zu drücken versuchten, etwa mit den Maoisten vom KBW. »Komm, halt die Luft an«, hätte er vielleicht dem einen sagen wollen, »in vierzig Jahren bist du Ministerpräsident in Baden-Württemberg«. Bekanntlich engagierte sich der Grüne Winfried Kretschmann als Student im Kommunistischen Bund Westdeutschlands ...

Wie zu sehen und zu hören war, ging es damals wie heute um die Deutungshoheit. Wer darf Partei ergreifen für den Frieden? Wer darf Widerspruch äußern gegen die Regierungspolitik? Wem ist es erlaubt, öffentlich Unmut zu bekunden und auf welche Weise? Unser Grundgesetz schreibt keine Gesinnungsprüfung vor. Es gehört zur Demokratie, seine Meinung frei äußern zu dürfen. Der Hinweis, dass dies – traurig genug – in anderen Ländern nicht möglich sei, legitimiert hierzulande nicht ihre Beschneidung, rechtfertigt keine Ausgrenzung und Diffamierung, wie sie jüngst wieder zu erleben war.

Warum dieses Buch? Ermutigung ist gegenwärtig der erste Schritt zur Veränderung. Optimismus speist sich aus der Gewissheit, dass nichts so bleiben wird, wie es ist. Und es wird

sich etwas ändern, weil es sich ändern muss. Nicht weil wir es subjektiv wollen, sondern weil es objektiv notwendig ist. Die Wachstumsideologie des Kapitalismus gibt sich selbst den Todesstoß, der Systemwechsel steht auf der Tagesordnung. Das, so empfinde ich, macht Mut. Es ist eine Perspektive.

Wie Linke endlich auch begreifen müssen, dass wir nicht nur Solidarität mit fernen Völkern und Emigranten üben müssen, sondern auch mit uns selbst. Solange andere Linke als Hauptfeind betrachtet und bekämpft werden, schwächen wir nicht nur uns selbst, sondern stärken den tatsächlichen Hauptfeind. Zwietracht zerstört. Dagegen schreibe ich auch an.

Auf den nachfolgenden Seiten habe ich – neben der Behandlung meiner politischen Tätigkeitsfelder – einige Überlegungen angestellt, wie wir in dieser Phase den Übergang von dem einen System, das keineswegs schon hinüber ist, in das andere System, dessen Konturen noch nicht erkennbar sind, meistern könnten. Wie wir uns verhalten sollten und wie diese Welt zu erkennen ist. Denn das ist seit Menschengedenken der wichtigste Handlungsimpuls: der Zwang zur Selbstveränderung, weil sich die Umwelt verändert. »Alles gesellschaftliche Leben ist wesentlich praktisch«, notierte der 27-jährige Karl Marx. »Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden werden«, schrieb er 1845 in seiner dritten These über Feuerbach.

Da war die kapitalistische Ausplünderung der globalen Ressourcen so fern wie das von Menschen veränderte Klima. Aber schon damals beschwor er die »gesellschaftliche Menschheit«, die Welt nicht nur zu erkennen und zu interpretieren. »Es kömmt drauf an, sie zu verändern.«

Wir alle sind Teil der gesellschaftlichen Menschheit. Und wir stehen nicht nur in der Pflicht, die Welt zu verändern – wir können es auch.

Und das beginnt nicht erst *vor* unserer Haustür, sondern bereits in unseren vier Wänden.

Dort aber darf die Veränderung nicht enden.

Žaklin Nastić
Berlin, März 2023

Wir sollten nie vergessen, woher wir kommen

Im Januar 1990 kam ich mit meiner Mutter nach Deutschland. Wir landeten erst auf einigen Flüchtlingsschiffen in Hamburg und dann in einer Hochhaussiedlung. Zwischen den Wohnblöcken wurde geschlagen, geschossen und gedealt. Und vermutlich gab es Gewalt auch hinter manch ramponierter Wohnungstür. Die Kriminalitätsrate war hoch und der Schufa-Score niedrig. Wer beim Versandhändler bestellte, konnte nicht sicher sein, dass die Ware auch geliefert wurde. Die Postleitzahl war verräterisch. Wer hier lebte, leben musste, weil er in anderen Stadtteilen keine Wohnung bekam, existierte in jeder Hinsicht am Rande der bürgerlichen Gesellschaft.

Man nennt solche Siedlungen »sozialer Brennpunkt« oder »Problemviertel«. Das sind freundlichere Bezeichnungen als etwa »Ghetto«. Dieses Wort ist in der deutschen Sprache belastet. Die Nazis sperrten Juden in Ghettos, ehe sie sie ins Gas schickten. Darum spricht man heute lieber von »sozial benachteiligten Vierteln«. Die dort wohnenden Menschen werden ja schließlich von der Gesellschaft nicht verfolgt, sondern nur nicht beachtet. Sie werden sogar sozial unterstützt, nicht wahr? Wenn diese Viertel umgangssprachlich manchmal als »No Go Areas« bezeichnet werden, ist das doch keine Ausgrenzung, keine Ächtung. Oder?

Wir reden über Menschen, die von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen sind. Ich war eine von ihnen und

fühle mich bis heute ihnen verbunden und verpflichtet. »Einkommensschwache« nennt man sie in der Politik und in der Soziologie, ohne zu erklären, *warum* diese Menschen mehrheitlich nicht von ihrer Arbeit, sondern vom Arbeitsamt leben, weshalb sie von den Zuwendungen der Sozialeinrichtungen und anderer Institutionen ihre Existenz bestreiten müssen. (Auch meine erste Zimmereinrichtung kam aus dem Sozialladen.)

Dass diese Menschen oft keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit finden, liegt meist nicht an fehlender Qualifikation oder Motivation. Auch Sprachbarrieren sind nicht unbedingt ein unüberwindliches Hindernis. Oft wird es ihnen einfach nicht gestattet, regulär zu arbeiten. Entweder weil ihre in den Herkunftsländern erworbenen Berufsabschlüsse hier nicht anerkannt werden oder weil der »Aufenthaltstitel« – Amtsdeutsch! – noch nicht abschließend geklärt ist.

Mitunter wurden in der Vergangenheit die Beschäftigungslosen zu sinnlosen Tätigkeiten gezwungen, um nicht der Unterstützung verlustig zu gehen: Sie bastelten Taschen oder buken Kuchen ... Später, als ich in der Kommunalpolitik aktiv wurde, lernte ich Träger kennen, die mit staatlichen Mitteln solche Beschäftigungskurse betrieben, welche letztlich nur einem einzigen Ziel dienten: die Arbeitslosenstatistik zu schönen.

Meine Mutter arbeitete in Polen als Putzfrau, mein Vater auf dem Bau. Die Eltern hatten sich getrennt, mein Bruder lebte bei meinem Vater. Wir verließen unsere polnische Heimat aus wirtschaftlichen, nicht aus politischen Gründen.

Das Neue Berlin –
eine Marke der Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH

ISBN 978-3-360-02756-6

1. Auflage 2023

© Eulenspiegel Verlagsgruppe Buchverlage GmbH, Berlin

Alle Rechte der Verbreitung vorbehalten.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet,
dieses Werk oder Teile daraus auf fotomechanischem Weg
zu vervielfältigen oder in Datenbanken aufzunehmen.

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin,
unter Verwendung eines Fotos von Konstantin Eulenberg

Druck: Printed in the EU

www.eulenspiegel.com